

Neue Sozialwohnungen: Startschuss erfolgt

Der Startschuss ist erfolgt: Am 27.8. beschloss die Stadtvertretung mit den Stimmen von BALL, SPD, FWB und Grünen auf Antrag der BALL-Fraktion, dass die Stadt den Bau von ca. 40 neuen Wohnungen mit bezahlbaren Mieten in Barmstedt vorantreiben soll. Die Wohnungen sind gedacht für Personen mit geringen bzw. durchschnittlichen Einkommen und sollen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten einen gewissen Beitrag gegen horrenden Mieten leisten, die für Neubauwohnungen aktuell zwischen 8,- und 11,- Euro liegen. Die BALL strebt eine Kaltmiete von ca. 6,- /m² an, so dass eine 50 m²-Wohnung etwa 300,- Euro kosten würde.



Es muss jetzt geklärt werden, ob die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft oder – wie beim erfolgreichen Bau der Wohnungen in der Feldstraße – durch die Stadt selbst erfolgen soll. Weiterhin soll nach Auffassung der BALL der Wohnungsbau von Seiten der Stadt durch die Bereitstellung des Grundstücks gefördert werden. Selbstverständlich müssen beim Bau höchste energetische Standards erreicht werden. Schließlich muss die Finanzierung durch Landesmittel und ggf. weitere städtische Mittel geklärt werden. Die Stadtvertretung beschloss, dass die weiteren Beratungen im Bau- und Sozialausschuss erfolgen sollen. Bürgermeisterin H. Döpke betonte in ihrer Antrittsrede nach ihrer Wiederwahl, dass der Bau von neuen Sozialwohnungen ihr sehr wichtig sei, und inzwischen hat die Stadtverwaltung aktiv die Suche nach geeigneten Grundstücken aufgenommen.

Anfrage der BALL-Fraktion an die Stadtvertretung:

Industriellen „Wasserraub“ beenden!

Mehr als 600.000 m³ Wasser verbraucht die Meierei/Käsefabrik in diesem Jahr – mehr als alle Barmstedterinnen zusammen. Die Meierei/Käsefabrik schöpft das Wasser aus einem Brunnen, und bezahlt dafür nichts. Dann kauft sie für einen Super-Billigpreis riesige Mengen aus dem Stadtnetz hinzu. Die Meierei/Käsefabrik greift das Wasser aus dem gleichen Grundwasserleiter ab, aus dem auch die Stadtwerke das Wasser fördern. Die Abwassermengen der Meierei/Käsefabrik überfordern bei Starkregentagen die Regenwasserkanalisation. Die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung hat wie angekündigt die Probleme des industriellen „Wasserraubs“ auf die Tagesordnung der Stadtvertretung gesetzt und drei Anfragen an die Stadt gerichtet, die von der Bürgermeister und den Stadtwerken beantwortet wurden:

Die Hauptfrage der BALL war: **Ist die Versorgung der Barmstedter Bevölkerung mit qualitativ gutem Trinkwasser langfristig gesichert? Für welchen Zeitraum in etwa, und wodurch wird diese Prognose begründet?**

Antwort: Gegenwärtig könne man nicht sagen, wie lange die Versorgung der Barmstedter Bevölkerung mit qualitativ gutem Trinkwasser gesichert sei, da der Grundwasserleiter nicht genau hydrogeologisch untersucht wurde und natürlich weitere Einflussgrößen, u. a. Klimaveränderung, weitere Zunahme des Verbrauchs durch Bevölkerung, Landwirtschaft und Industrie, Veränderungen der Grundwasserleiter, eine Rolle spielen.

Aus der Antwort kann nur gefolgert werden, dass die Entnahme hunderttausender Kubikmeter besten Wassers durch



die Meierei/ Käsefabrik heller Wahnsinn ist und beendet werden muss. Bereits jetzt wird überall über sinkende Grundwasserspiegel geklagt. In verschiedenen Regionen – Niedersachsen, NRW, MVP – wird der Wasserverbrauch reguliert. Es bedarf auch keines weiteren Hinweises auf die sich verschärfende Trinkwassernot weltweit: etwa 2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser und bis 2050 rund 7 Milliarden Menschen.

Die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung fordert als erstes die Beendigung des Sondervertrags mit der Meierei/Käsefabrik, der den Bezug von riesigen Wassermengen zum Billigpreis beinhaltet. Weiterhin fordert die BALL eine Neugestaltung der Wasserpreise: Für normale Haushaltsmengen müssen die jetzigen Wasserpreise erhalten bleiben und umgekehrt müssen bei größerem Verbrauch die Wasserpreise ansteigen und nicht sinken. Und schließlich

muss endlich die Nachhaltigkeit des Grundwasserleiters, aus dem die Stadtwerke und die Meierei/ Käsefabrik Wasser entnehmen, untersucht werden.

In der ausführlichen Diskussion in der Stadtvertretung sahen Vertreter anderer Fraktionen die Trinkwasserproblematik ähnlich ernst. Auf Antrag der FWB beauftragte die Stadtvertretung den Werkausschuss sich mit der Trinkwasserproblematik weiter zu

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



befassen und eine Resolution zu verabschieden, in der u. a. die zuständigen Stellen auf Kreis- und Landesebene aufgefordert werden, der ungezügelter Wasserentnahme durch die Meierei/Käsefabrik Einhalt zu gebieten.

Der Kampf gegen den industriellen „Wasserraub“, der derzeit noch durch entsprechende konzernfreundliche Gesetze möglich ist, geht weiter.

Gute Musik und literarisch anspruchsvolle Chansons:

30 Jahre BALL

Gut 90 Barmstedterinnen und Barmstedter, darunter viele geladene Gäste von verschiedenen Barmstedter Initiativen, konnte BALL-Stadtvertreter Klaus Kuberzig begrüßen, als er am 25.9. in der Kulturschusterei die Veranstaltung mit Kai Degenhardt, einem der profiliertesten deutschen Liedermacher, eröffnete. Die Barmstedter-Linke-Liste hatte anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums eingeladen, aber noch wichtiger war es eine aktuelle musikalisch-kulturelle Botschaft gegen Rassismus und Neonazis zu vermitteln. Nach einer kurzen Ansprache von Klaus Kuberzig und einem Grußwort von



Bürgermeisterin Heike Döpke spielte Kai Degenhardt Stücke seines neuen Programms „Auf anderen Routen – Lieder gegen den rechten Aufmarsch“, und

die Zuhörerinnen und Zuhörer bedankten sich mit viel Applaus. Eine rundherum gelungene Veranstaltung.

Bürgerbus für Barmstedt:

Ein Anruf genügt

Soll der Klimawandel gestoppt werden, dann müssen umfangreiche Änderungen auch im Individual(straßen)verkehr vorgenommen werden. Hier eine Maßnahme, die möglichst schnell realisiert werden sollte. In zahlreichen Kreisen und Gemeinden gibt es ihn bereits: **Den Bürgerbus.** Meistens wird dieses Gefährt (ein neunsitziger Kleinbus) in Trägerschaft einer Verwaltung oder eines Vereins betrieben. An festen Tagen kann man telefonisch eine Fahrt buchen und wird dann – in der Regel kostenlos – von zu Hause abgeholt und auch wieder zurück gebracht. Auch in Barmstedt gibt es

Überlegungen, neben dem bereits bestehenden Angebot der Malteser, so einen Bürgerbus bereit zu stellen.

Die BALL unterstützt dieses Vorhaben. Für uns ist es zusätzlich ein Stück Wohn- und Lebensqualität, dass Menschen, die nicht mobil sind, unkompliziert zum Arzt oder zum Einkaufen gelangen können. Das Alter spielt dabei keine Rolle.

Gerne nehmen wir Anregungen entgegen. Also, sprechen Sie uns an, wenn Sie diesen Service nutzen würden oder auch wenn Sie Lust haben, sich an so einem Projekt zu beteiligen.



Fridays-For-Future: #NeustartKlima

Am 20. September diesen Jahres sind in Deutschland rund 1,4 Millionen Menschen auf die Straße gegangen, um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren und die Forderungen der Bewegung „Fridays for Future“ zu unterstützen.

Auch Elmshorn erlebte an diesem Tag eine machtvolle Demonstration; rund 4000 Menschen waren in unserer Nachbarstadt auf der Straße, um den Aufruf zum Klimastreik zu unterstützen.

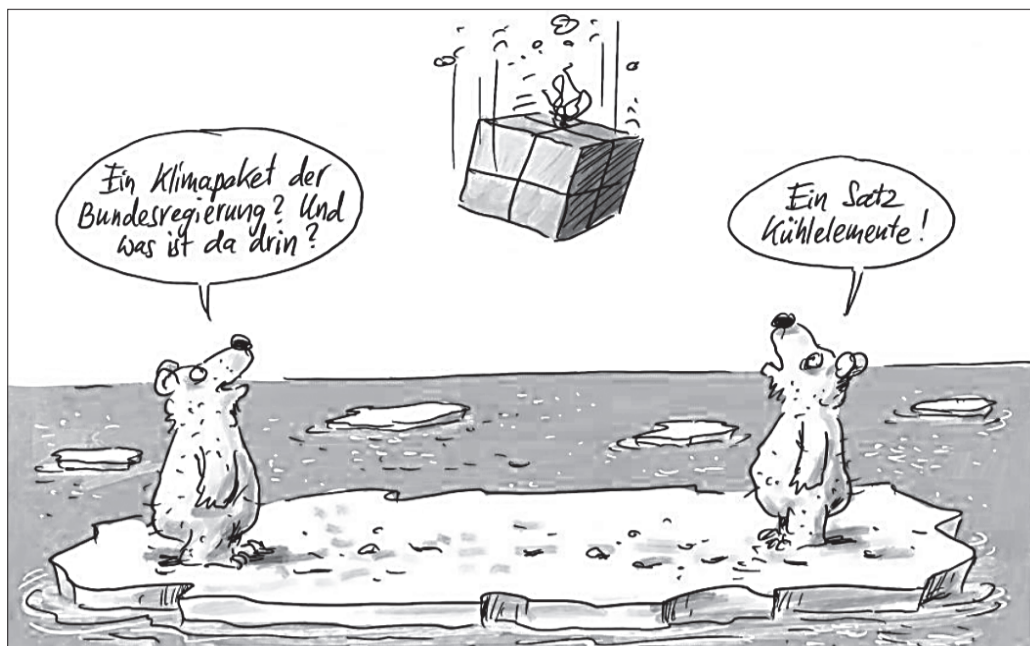
Die Forderungen dieser Bewegung finden immer breitere Zustimmung; schließlich haben sich im Jahre 2015 195 Länder erstmals auf ein allgemeines, rechtsverbindliches weltweites Klimaschutzabkommen geeinigt. In diesem Klimaschutzabkommen haben die Staaten festge-



Herbert Flick
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport

legt, dass der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch vermindert werden muss. Sie einigten sich auf folgende Punkte (https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de):
■ ein langfristiges Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf **deutlich unter 2 °C** gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen;
■ das Ziel, den Anstieg auf **1,5 °C** zu begrenzen, da dies die Risiken und Folgen des Klimawandels deutlich vermindern würde;
■ Anstrengungen dahingehend, dass **die weltweiten Emissionen möglichst bald ihren Gipfel überschreiten**, wobei den Entwicklungsländern hierfür mehr Zeit eingeräumt wird;
■ **rasche nachfolgende Emissionsenkungen** auf Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Am 20. September 2019 hat die Bundesregierung (die das



Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet hat) ein Klimapakete verabschiedet, mit dem die Pariser Ziele auch **nicht annähernd erreicht** werden.

Fridays for Future hat am 4. Oktober einen offenen Brief an die Mitglieder des „Klimakabinetts“ sowie die Parteispitzen der Koalitionsparteien veröffentlicht. Dort heißt es u. a.:

„... Ihre Entscheidungen zum Klimaschutz vom 20. September sind eine politische Bankrotterklärung. Während zeitgleich im Rahmen von #AlleFürsKlima rund 1,4 Millionen Menschen in ganz Deutschland auf der Straße waren, haben Sie sich offiziell vom 1,5-Grad-Ziel verabschiedet. Dies auch noch als Erfolg zu verkaufen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Demonstrant*innen für wirksamen Klimaschutz.“

Weil Sie das Pariser Klimaabkommen seit seinem Inkrafttreten konsequent ignorieren, sahen sich bereits in den vergangenen neun Monaten hunderttausende junge Menschen dazu genötigt, durch das Bestreiken der Schule, Universität und Ausbildung auf die Verfehlungen Ihrer Klimapolitik aufmerksam zu machen.

Zwar behaupten Sie inzwischen, Fridays For Future hätte Sie aufgerüttelt – doch angesichts dieses lächerlichen

Maßnahmenpakets befinden Sie sich offenbar weiterhin im politischen Tiefschlaf. Mit dem Eckpunktepapier ignorieren Sie nicht nur den Wunsch hunderttausender junger Menschen nach einer lebenswerten Zukunft, sondern auch die Weckrufe aus der Wissenschaft und aus breiten Teilen der Bevölkerung.

Frau Merkel sagt: „Politik ist die Kunst des Möglichen“ – aber welche Gründe führen Sie eigentlich dafür an, dass konsequenter Klimaschutz in diesem Land scheinbar nicht möglich ist? Nicht erst der vergangene Freitag hat gezeigt, dass unsere Gesellschaft beim Klimaschutz deutlich weiter ist als Ihre Bundesregierung und bereit ist, notwendige Maßnahmen zu tragen.

Die Möglichkeiten, die Schritte einzuleiten, die zur drastischen Reduzierung von CO₂ notwendig sind, waren nie größer als jetzt. Mit dem nun von Ihnen eingelegten Schnecken-tempo ducken Sie sich nicht nur vor ihrer Verantwortung unserem Land gegenüber, sondern Sie ignorieren auch weiterhin Deutschlands internationale Verpflichtungen. Aufgrund historischer Emissionen geht es hierbei nicht nur um eine Vorreiterrolle, sondern auch um Klimagerech-

tigkeit. An der Möglichkeit, hier ein Zeichen zu setzen, sind Sie kläglich gescheitert.

Angesichts dieser angekündigten Maßnahmen sehen wir die Handlungsfähigkeit Ihrer Bundesregierung beim Klimaschutz nicht mehr gegeben. Vizekanzler Scholz machte im Vorfeld des 20. Septembers klar: „Wir brauchen einen großen Wurf in der Klimapolitik, wenn wir als Regierung weiter eine Berechtigung haben wollen, das Land zu führen“ (Spiegel Online, 02.09.2019). Von diesem großen Wurf kann nun nicht im Entferntesten gesprochen werden. Nicht nur werden wir mit den Maßnahmen das 1,5-Grad-Ziel klar verfehlen, sondern sogar die deutlich zu niedrigen Klimaziele der Bundesregierung für 2030 nicht einhalten. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, das unzureichende Klimapakete grundlegend zu überarbeiten.

Die Klimabewegung ist so groß wie nie zuvor und sie rückt durch den vergangenen historischen Streiktag am 20. September – sowohl durch Ihre Entscheidungen, als auch durch den von uns organisierten Protest – nur noch stärker zusammen.

Wir streiken, bis Ihr handelt!“

Rüstungsausgaben 2020: Über 50 Mrd.

Das Grundgesetz definiert die Rolle der Bundeswehr im Artikel 87a: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Anfang der 1990er Jahre änderte sich die Situation. Mit der Herausgabe der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 wurden die deutschen Sicherheitsinteressen neu formuliert. „Die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ waren die neuen Ziele. Damit begann der kostenintensive Umbau zu einer Armee im weltweiten Einsatz. Heute befindet sich die Bundeswehr in über 10 Auslandskriegeseinsätzen.

Im November soll der Bundeshaushalt 2020 verabschiedet werden. Bislang ist vor allem bei den Rüstungsaus-

gaben eine kräftige Steigerung vorgesehen. Zum ersten Mal sollen die Ausgaben auf über 50 Milliarden Euro (nach NATO-Kriterien) erhöht werden. Das entspricht eine Steigerung von etwa 6,6 Prozent im Vergleich zu den Ausgaben in Höhe von 47 Milliarden Euro für 2019. Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer (CDU) hat sich mehrfach zu deutlich höheren Rüstungsausgaben bekannt, auf die vor allem die US-Regierung innerhalb der NATO drängt.

Während für notwendige Zukunftsausgaben wie **Klimaschutz, zivile Infrastruktur und Sozialausgaben** angeblich das Geld fehlt, finden neue Rüstungsobjekte für noch mehr Zerstörungspotenzial und weltweite Bundeswehreinätze im Bundeshaushalt immer Berücksichtigung.

Kita-Reform-Gesetz – alles super?

Die Landesregierung hat ein „Gesetz zur Stärkung der Qualität in der Kinderbetreuung und zur finanziellen Entlastung von Familien und Kommunen“ auf den Weg gebracht. Im Dezember soll der Landtag darüber beschließen und ab August 2020 soll es dann in Kraft treten. Mit einer großen Pressekampagne hatte Minister Heiner Garg (FDP) für das Gesetz geworben. Aber ist da wirklich ein „großer Wurf“ gelungen?

Zweifelloos gibt es einige gute Vorhaben. So sollen die immer noch bundesweit höchsten Elternbeiträge in Schleswig-Holstein vereinheitlicht und gedeckelt werden. Der Betreuungsschlüssel soll mit einer höheren Anzahl von Fachkräften verbessert werden. Und außerdem wird das Wahlrecht erweitert: die Eltern sollen ihre Kinder in jede Kita schicken können – auch außerhalb ihrer Wohngemeinde –, sofern Plätze (und Personal) vorhanden sind. Ob für diese Änderungen letztlich auch ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden bleibt abzuwarten. Der „Schleswig-Holsteiner Gemeindegtag“ hat bereits große Bedenken angemeldet. In seinem „Bürgermeisterbrief 2019“ heisst es: „Leider muss man deutlich feststellen: In einem zentralen Ziel, nämlich der finanziellen Entlastung der Kommunen, droht die Reform zu scheitern.“ Und in der Tat: Durch das geplante neue Finanzierungssystem wird das Verhältnis zwischen Gemeinden und Kitaträgern grundlegend geändert. Die übergeordneten Kreisverwaltungen werden dann stärker über die Angebote

vor Ort mitentscheiden. Der bürokratische Aufwand dürfte dadurch größer werden. Ein weiteres großes Problem ist vorprogrammiert: Das Gesetz sieht eine „Standard-Kita“ vor, für die es dann Kostenerstattungen nach landesweiten Durchschnittspauschalen geben wird. Das ist eine Regelung mit „Fußangel“, denn die entstehenden Kosten für z. B. Miete, Pacht, Gebühren und auch Tarifverträge können in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich sein. Und Einrichtungen oder Vorhaben einzelner Kitas, die über den Mindeststandard hinausgehen, müssen die Kommunen oder die Träger selbst tragen.

Klaus Kuberzig
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



Mit den Trägern (in Barmstedt z.B. Diakonie oder AWO) müssen die Finanzierungsverträge zum neuen Kindergartenjahr (Beginn 1. August 2020) angepasst werden. Für die BALL ist klar: Damit das gesetzliche Recht auf einen Kindergartenplatz umgesetzt werden kann, müssen Bund und Länder die Finanzierung sichern. Die Kommunen dürfen damit nicht zusätzlich belastet werden. Immer neue Auflagen – teilweise mit gegensätzlichen Vorschriften! – verzögern nicht nur Vorhaben sondern dadurch werden die Gemeinden auch vielfach entmündigt. Und es bedarf in Schleswig-Holstein noch erheblich stärkeren Drucks von Seiten der Eltern, um endlich die Elternbeiträge für den Kita-Besuch abzuschaffen, wie es in immer mehr Bundesländern der Fall ist.

Stickoxidkontrollen überfällig

Jeder fünfte LKW überschreitet die geltenden Abgasstandards für Stickoxid (NOx). Das ist das Ergebnis von Abgas-Messungen an LKW der Abgasstufe Euro V+VI. Die Deutsche Umwelthilfe hatte das Institut für Umweltphysik der Universität Heidelberg beauftragt, die NOx-Emission von LKW im realen Betrieb auf der Straße zu ermitteln. Die Abgasreinigungsanlagen bei 20 Prozent der Fahrzeuge zeigten sich dabei als defekt oder manipuliert. Daher fordert der Umwelt- und Verbraucherschutzverband deutlich mehr effektivere Kontrollen durch die zuständigen Behörden sowie wirkungsvolle

Sanktionen gegen die Betreiber der Fahrzeuge. Auffällige Fahrzeuge mit zu hohen Schadstoffemissionen sollten sofort stillgelegt werden.

Schon seit 2007 hat die Deutsche Umwelthilfe auf die betrügerischen Machenschaften hingewiesen. Weder das Verkehrsministerium noch das Kraftfahrt-Bundesamt sind bis heute dagegen eingeschritten.

In der Mühlenstraße auf Höhe der Meierei/Käsefabrik gibt es laut dem letzten Verkehrsgutachten der Stadt ca. 500 LKW-Bewegungen pro Tag. Anwohner haben schon in den letzten Jahren die Durchführungen von Stickoxidmessungen



gefordert. Dies wurde zuletzt vom Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (SH) abgelehnt. In der

nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses wird die BALL das Thema erneut zur Sprache bringen.